



Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stüd.

Hustenmittel mit und ohne Zucker:
Malzextrakt-Bonbons, **echte**: bekämpflich, wohlschmeckend, zuverlässig. Pakg.: 20, 25, 40 PL. **Rönt-Malzin**, Kugeln aus Malzextrakt-Schaum, zuckerfrei; unter Wärme, daher energisch schleimlösend. Dose 30 PF. (Patentiert zu 1 1/2 L M. 2,50) i. d. Apoth. — J. Paul Liebe, Dresden.

Dresden, 1893

Weihnachts-Neuheiten

in seines Lederwaaren empfiehlt in grösster Auswahl
Bernhard Büdiger,
Wildstrasser Strasse 3, zunächst dem Altmarkt.

Parfüms von nachhaltigem, lieblichem Wohlgeruch, in grösster Auswahl und allen Preislagen.

Räucher-

Nr. 322. Spiegel: Aenderung des südlichen Einkommensteuergelezes. Hofnachrichten, Historisches Museum, Stadtverordnetenversammlung, Gerichtsverhandlungen. „Robert der Teufel“. „Groß Waldemar“. Litteraturnachrichten.

Laswaarap

PATENTE

schnell und sorgfältig durch
RICHARD LÜDERS, PATENT-BÜRO in GÖRLITZ.

schnell und sorgfältig durch
RICHARD LÜDERS, PATENT-BÜRO in GÖRLITZ

Essenzen zum Reinigen und
Kerzenhen Parfümieren der Luft
Papier in Wohn-, Kranken-
Lack zimmern etc.

Sachets

in feinsten, naturgetreuen Blumengerüchen, zum Einlegen in Wäsche, Handschuhe, Taschentücher.

T. Louis Guthmann,
Schloss-Strasse 18.
Pragerstr. 34. Bautznerstr. 31.

Mr. 322. Spiegel: Rendierung des sächsischen Einkommensteuergeleichtes. Hofnachrichten, Historisches Museum, Stadtverordnetenföhrung, Frauenvorstellung, Gerichtsverhandlungen. „Robert der Teufel“. „Groß Woldemar“. Lottesiebthe.

Sonntagnachmittag, 18. Novbr.

Solitaires.

Die Frage einer Reduzierung des höchsten Einkommensteuer-Gesetzes in der Richtung einer Erleichterung der mittleren Einkommen und der günstlichen Freilösung der untersten Steuerstufen dürfte in der gegenwärtigen Landtagssession trotz des Mangels eines Hinweises in der Thronrede auf die Stellung der Regierung zu dem Projekt in Auge gebracht werden. Die leichten Zweifel in dieser Beziehung verschachteln der Umstand, daß „Das Vaterland“ sich veranlaßt sieht, in längeren Ausführungen den konservativen Standpunkt gegenüber dem in Aussicht genommenen Reform, die in weiten Kreisen als unabwickebares Bedürfnis empfunden wird, darzulegen. Mit Rücksicht auf die ausschlaggebende Position, welche die konservative Partei mit ihren 44 Stimmen im Landtag einnimmt, verdienen die Auslösungen des genannten Blattes hervorragende Beachtung. Die unmittelbare Veranlassung zur Erörterung des Gegenstandes von Seiten des konservativen Organs ist mehrwürdigewweise in einem Antrag von außen her zu suchen. Der Artikel faßt nämlich an eine Meldung eines Münchener Blattes an, welche behagt, daß Regierung und Landtag in Sachsen gegen den Ausfall der fünf untersten Steuerstufen (Einkommen bis zu 800 M.) keinen Widerspruch erheben würden und daß ein in konservativen Abgeordnetenkreisen geplanter Antrag auf Herabminderung des Steuerhauses für die mittleren Stufen auf einen Betrag, der etwa einen Ausfall von einer Million Mark ergeben würde, ebenfalls Ausicht auf Annahme habe. „Das Vaterland“ erhält allerdings den angeblichen konservativen Antrag für ein Aufgebilde und legt den Mittheilungen der Münchener Quelle überhaupt nur den Werth eines Stimmungsberichts bei. Indeh sieht das Blatt sich doch genötigt, gleichzeitig die Annahme der Frage durch den zur Zeit tagenden Landtag so ziemlich als falt accoupli anzuerkennen und aus diesem Grunde die für die Haltung der konservativen Fraktion entstehenden Verhältnisse zu

Sache bei der Mittelklasse. Hier hat kein Aufzählen stattgefunden, sondern der prozentuale Anteil der Zahl der Eingeschäferten dieser Klasse zu der Gesamtzahl der Eingeschäferten ist sich durchschnittlich gleich geblieben, während trotzdem der Anteil dieser Klasse am Bruttonettoeinkommen sich stetig vermindert hat. Es erscheint daher als das Gebot einer heiligen sozialpolitischen Pflicht, dem Mittelstand, der mühsam zwischen der Zwiedmühle der Plutokratie und des Proletariats um seine Lebenshaltung ringt, von Staatswegen durch entsprechende Herabminderung seines Beitrags zu den öffentlichen Kosten unter die Arme zu greifen und zwar mindestens darum, daß der Steuerzahler erst von 10,000 Mil. an auf 3 Prozent normirt wird, unbeschadet der bei weiterem Aufzählen vorzunehmenden Progression. Auch die Individualisierung der Steuer, d. h. die gesetzliche Berücksichtigung individueller Momente, die eine subjektive Erleichterung des Steuerbetriebs vom Standpunkt der Volligkeit aus wünschenswerth erscheinen lassen, muß im Interesse des Mittelstandes angestrebt werden. Wenn es möglich wäre, meint das Eingangs genannte konservative Blatt zutreffend, mit der Entlastung des Mittelstandes zugleich eine Individualisierung der Steuer zu verbinden oder vielleicht diese Entlastung von vornherein individuell zu gestalten, d. h. den Familienältern zulommen zu lassen und nicht den Junggesellen, den Kinderreichen und nicht den Kinderlosen, so wäre damit ein Alt ausgleichender Gerechtigkeit vollzogen. Daß unsere Regierung auch in diesem Punkte das Beste will, hat sie erst neuerdings wieder bewiesen. Man sollte aber diese Individualisierung möglichst nicht als Ausnahme behandeln und der Entscheidung der Beamten überlassen, sondern als Regel durchführen und gesetzlich festlegen. Vereinzelt technische Schwierigkeiten werde die Durchführung dieses Grundsatzes vielleicht verursachen, aber unmöglich ih sie nicht, wie das Beispiel der preußischen Gehegebung beweist.

Montag zu halten mit der Tagesordnung: Schleunige Anträge auf Einstellung schwiegender Strafverfahren und erste erprobte Verathung der Handelsverträge mit Serbien, Rumänien und Spanien — Abg. Dr. Buchen (Centr.) wünscht, daß die Verathung der Handelsverträge erst am Donnerstag stattfinde, da es bis Montag nicht möglich sei, das Material ausreichend zu studiren, um bestimmte Stellung einzunehmen. — Abg. Ritter (Frei.) ist Freund der Verträge, wünscht aber Alles vermieden zu leben, was den Eindruck der Ueberholung machen könnte und nimmt deshalb für Donnerstag. Nachdem sich noch die Abgg. Dr. Hammacher (nat.-lib.) und Ritter (Frei. Volksp.) für Donnerstag erklärt haben und z.B. v. Montenucci (lioni.) mitgetheilt hat, daß seine Freunde Ueberweihung der Verträge an eine Kommission beantragen werden, wird die nächste Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr mit der oben erwähnten Tagesordnung eröffnet.

* Berlin. Vor dem Landgericht wurde heute über die Anklage gegen den Abgeordneten Dr. Höftler und den Redakteur Müller der „Staatsbürger-Zeitung“ wegen Beleidigung der Richterbehörden beim Kantener Prozeß verhandelt. Müller wurde freigesprochen. Dr. Höftler hat sein Ausbleiben mit nothwendiger Anwesenheit im Reichstage entschuldigt, wo gleichzeitig über den Antrag auf Einstellung dieses Strafverfahrens verhandelt wurde. Der Gerichtshof lehnte die Entschuldigung ab und beschloß die Verhandlung fortzusetzen. Die Anklage ist bestätigt.

zwangswise Vorführung Dr. Fischer's.

Berlin. An den gegenwärtig in Lehingen stattfindenden Hofjagden nimmt Prinz Ludwig von Bayern als Gah des Kaisers teil. — Bei der gesetzigen Rekuren-Bereidigung soll der Kaiser seiner Ansprüche noch hinzugefügt haben: Ich brauche christliche Soldaten, die ihr Vaterland beten. Der Soldat soll nicht seinen Willen haben, sondern Ihr habt alle einen Willen und das in mein Wille; es giebt nur ein Gesetz und das ist mein Gesetz. Die Angabe dieser Neuerung bedarf der Bestätigung. (D. R.) — Kurz Bismarck schreibt einer Anzahl westpreussischer Herren, welche ihm telegraphisch eine Adresse zugesandt haben, da sie ihn wegen seiner Erkrankung nicht besuchen könnten, aus Friedrichshah wölflich: „Meine Genesung geht langsam, aber doch so stetig vorwärts, dass ich mit Gottes Hülfe hoffen darf, im Laufe des Winters die volle Gesundheit wieder zu erlangen und werde ich mich dann seines freuen, meine politischen und persönlichen Freunde, welche mich mit ihrem Besuch beeindrucken wollen, hier zu begrüßen.“ — Die unständigen Ausdrücke des Bundesrates beriefen heute über die Weinheuer. — Die deutsche überseeische Auswanderung betrug im Oktober 1880 92000 gegen 311 im Oktober vor Jahren. — Zu der 1886er Berliner Gewerbeausstellung ist das Programm aufgestellt. Darauf ist die Ausstellung nicht auf in Berlin hergestellte Gegenstände beschränkt, es sind aber Handelswaren, soweit sie nicht eigenes Produkt der Aussteller sind, ausgeschlossene Kollektivausstellungen von Vereinigungen, auch wenn sie außerhalb Berlins wohnende Gewerbetreibende umfassen, werden möglichst gefordert. Der Reichskanzler und der Ministerpräsident haben der Ausstellungförderung Wohlwollen zugesagt. — Die konservativen Abge. Frhr. v. Hammerstein, Frhr. v. Montesqui und v. Polenz haben beim Reichstag den Antrag eingebracht, die verbündeten Regierungen zu erzürnen, dem Reichstag einen Weisheitsurteil vorzulegen, nach welchem den Israeliten, die nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Grenzen des Reichs unterliegt ist.

Friedrich & GLOCKNER emporien strengereit
Schuhrohren-Firmisse
und Lackfarben, ausgewogen, nur in unserer Detadt - Geschäft
Zwingerstrasse 15; Schäfersstrasse 12; Löbau; Tharathurstrasse 4.

der konservativen Fraktion entscheidenden Gesichtspunkte zu entwickeln. Dieselben gipfeln in der Forderung einer Entlastung der mittleren Klassen, soweit eine solche irgend möglich erscheint, in Verbindung mit einer Erhöhung der Progression in den höheren Klassen, die mindestens die in Preußen angeübte Maximalgrenze des Prozenthauses erreicht. Die gänzliche Befreiung der niedrigsten Einkommensstufen-Klassen hält „Das Vaterland“ jedoch für bedenklich. Das Blatt erinnert daran, daß mit dieser Maßregel, wenn sie sich nicht auf die älterunterlichen Stufen beschränkte, sondern sich etwa bis zu einem Einkommenshöchst von 900 Mk. erstreckte, für viele Staatsbürger der Verlust des Landtagswahlrechts verbunden sein würde. Diese von den Sozialdemokraten gefürchtete Folge könnte nur durch eine Änderung der Verfassung weit gemacht werden. Aber für eine Verfassungsänderung in diesem Sinne würde weder die Regierung noch die konservative Fraktion zu haben sein.

Über die Steigerung der Progression in den höheren Klassen scheint auf allen Seiten Einverständniß zu herrschen, soweit das Prinzip im Auge kommt. Der Prozenttag wird so zu bemessen sein, daß der Ausfall, welcher infolge der Erleichterung der mittleren und der eventuellen Belastung der untersten Einkommen zu gewältigen ist, ausgleichende Deckung erhält. Es ist kaum anzunehmen, daß wegen dieses Punktes die Meinungen ernstlich auseinander plazieren werden, umso weniger, als bereits im versloffenen Landtag in der 11. öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer Herr Vizepräsident Georgi eine sehr entgegenkommende Erklärung abgegeben hat, in der es u. A. heißt: „Die Frage einer Weiterverschärfung der Progression ist seit einer langen Reihe von Jahren bei uns erwogen worden und wir haben nie die Gründe verkannt, die wohl dafür sprechen können. Auch ist von einer Reihe von Rednern, speziell auch aus der konservativen Partei, die Bereitwilligkeit zu einer Revision des Einkommensteuergesetzes in diesem Sinne ausgedrückt worden. Ich glaube also, meine Herren, daß wir die Gewissheit haben, daß in der Finanzdeputation im Sinne der Anregungen, die hier gegeben sind, diese Fragen erneut zur Erörterung kommen werden.“

Ebenso glatt dürfte die Frage der steuerlichen Entlastung des Mittelstandes erledigt werden. Da die mittleren Klassen meist den gesamten Einkommensbetrag zum Lebensunterhalt brauchen und ihnen daher die Entwicklung des jetzigen verhältnismäßig zu hohen Steuersatzes besonders schwer fällt, so ist die Verderbung gerechtfertigt, auf diesem Gebiet bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit in der Erleichterung zu gehen. Die besondere Nothlage des Mittelstandes lägt sich zahlenmäßig nachweisen. Die Ergebnisse der Einkommens-Statistik im Königreich Sachsen haben in der 12jährigen Periode von 1879 bis 1890 den Beweis eines stetigen Rückganges des prozentualen Anteils des Mittelstandes am Gesammeinkommen gefestigt. Das Verhältnis des Einkommens der einzelnen Steuerklassen zu dem Gesammeinkommen innerhalb des genannten Zeitraumes stellt sich folgendermaßen dar: 1. Der Anteil der Klassen von 0 bis 600 Mfl. Jahreseinkommen am Gesammeinkommen ist gesunken. 2. Der Anteil der Klassen von 600 bis 1100 Mfl. ist stetig gestiegen. 3. Der Anteil der Klassen über 1100 Mfl. ist ebenfalls stetig gestiegen, und zwar desto stärker, je höher die Klasse (in den höchsten Klassen in 12 Jahren um das Neunfache). 4. Nur der Anteil der Klasse von 1400–6300 Mfl., also gerade der Mittelklasse, ist stetig gesunken. Es sind also die niedrigste und die Mittelklasse in dem Verhältnis ihres Klasseinkommens zum Gesammeinkommen zurückgegangen. Diese äußerlich gleichen Erhebungen sind aber auf verschiedene wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen. In der untersten Klasse hat nämlich ein fortgeschreitender Aufstieg der Eingehötzten in höhere Klassen stattgefunden. Daraus folgt, daß die materielle Lage dieser Klasse da-

Family and Community Rights, page 12, December

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Verordnung betreffend Sollnachtrag gegen Ausland. Auf der Tagesordnung steht zunächst Wahl der Präsidenten und Schriftführer. — Abg. Graf Hompesch (Centr.) beantragt Wiederwahl des Präsidenten v. Levezow und der Vizepräsidenten Fehr. v. Buol-Berenberg und Dr. Bürdlin durch Amt. Die Genannten werden einstimmig wiedergewählt. — Präsident v. Levezow nimmt die Wahl mit Dank für das ihm schon so oft entgegengebrachte Vertrauen an. Es werde sein unabdingbares ethisches Bestreben sein, die Geschicke des Reichstages gewissenhaft zu fördern und er werde sich dortin durch Rücksicht beirren lassen. An dieser Stelle werde er nichts Anderes vor Augen haben als das Wohl des Vaterlandes und die Würde der Volksvertretung (Beifall). — Abg. v. Buol-Berenberg und Dr. Bürdlin nehmen gleichfalls die auf sie geholten Wahl mit Dank an. Auf Antrag des Abg. Graf v. Hompesch werden sodann auch die Schriftführer der vorigen Session wiedergewählt. Das Haus ehrt sodann auf Aufruforderung des Präsidenten das Andenken des verstorbenen Abg. Reichen v. Horstein durch Erheben von den Plätzen. Die ehrenwerten Anträge der Abg. Reichen v. Montzenhof, Voigt und Dr. Höltzer auf Einstellung der gegen die Abg. Fehr. v. Hammerstein, Dr. Höltzer und Wilmarsdorff stehenden Strafverfahren werden behutsam angenommen. Anschließend sind weitere ehrenwerte Anträge auf Einstellung der gegen die Abg. Schuchardt und auch stehenden Strafverfahren eingegangen.